



# ONLINE-DIALOGUE ZUR STADTENTWICKLUNG

Wie lässt sich die Diskussionsqualität fördern?



© PureSolution / Fotolia

**Viele Städte bieten internetbasierte Beteiligungsverfahren an, über die sie mit den Bürgern in den Dialog treten wollen. Allerdings fallen diese Diskussionen qualitativ sehr unterschiedlich aus. Woran liegt das? Welche konkreten Faktoren beeinflussen die Diskussionsqualität positiv?**

---

**Dr. Alma Kolleyck**

promovierte 2016 zu „Politische Diskurse online“ und zu der Frage, welche Faktoren die Qualität kollektiver Meinungsbildung in E-Partizipationsverfahren beeinflussen. Ihr besonderes Interesse gilt den Wechselwirkungen zwischen technischem Fortschritt und gesellschaftlichem Wandel. Seit 2017 ist sie für das Büro für Technikfolgenabschätzung am Deutschen Bundestag tätig.  
kolleyck@tab-beim-bundestag.de

Wenn es um online geführte Diskussionen geht, stehen in der öffentlichen Betrachtung häufig „Hasskommentare“ im Fokus. Dabei bezieht sich die Debatte zumeist auf hetzerische Beiträge in sozialen Netzwerken, die – so die Annahme des jüngst verabschiedeten Netzwerkdurchsuchungsgesetzes – von den privatwirtschaftlichen Eigentümern der

jeweiligen Plattformen nicht ausreichend sanktioniert würden. Die umgekehrten Fragen danach, wie Diskussionen online gelingen, was gute Diskussionen ausmacht und wie Betreiber von Dialogplattformen sie fördern können, finden hingegen weniger Aufmerksamkeit.

## Wie sieht dialogische Beteiligung in der Stadtentwicklung aus?

Politische Diskussionen finden im Internet in vielen Foren und Formaten statt. Grob lassen sich fünf Kategorien von Formaten und Verfahren unterscheiden, in denen politische Diskussionen geführt werden (Dahlgren 2005):

- journalistische Internetseiten, sowohl der großen Medienorganisationen als auch einzelner Blogger
- Plattformen von Aktivisten, Parteien und Interessengruppen
- Bürgerforen
- nicht genuin politische Webseiten, auf denen dennoch Debatten mit teilweise politischen Inhalten geführt werden
- Verfahren im Bereich von E-Demokratie: Damit sind Prozesse und Verfahren gemeint, die digitale Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen, um administrative und politische Kommunikation, Information und Partizipation zwischen Bürgern und Verwaltung/Politik zu fördern (Albrecht 2010).

Dieser Beitrag konzentriert sich auf Verfahren und Formate, die von staatlicher und kommunaler Seite initiiert sind und die somit in den Bereich von E-Demokratie fallen. Von staatlicher und kommunaler Seite angebotene Online-Beteiligung findet in Deutschland ausschließlich konsultativ statt. Das bedeutet, dass die Ergebnisse nicht verbindlich umgesetzt werden müssen, aber in jedem Fall verbindlich berücksichtigt werden sollten (Nanz/Leggewie 2016). Formate sind dabei zum Beispiel konsultative Befragungen, Abstimmungen, offene Dialogangebote oder Diskussionsforen (Märker/Wehner 2007). Im Folgenden werden zwei Beispiele von dialogischer Online-Beteiligung vorgestellt. Daraufhin wird untersucht, inwiefern sie als beispielhaft für dialogische E-Partizipation gelten können.

Ein Beispiel für ein Teilnahmeverfahren zur Stadtentwicklung, das internetbasierte und Vor-Ort-Teilnahmeangebote miteinander verbindet und zugleich aufsuchende Forma-

te (als Dialogmobil) anbietet, ist das Verfahren „Wiesbaden 2030+“ (weitere Infos dazu finden Sie unter: [www.wiesbaden2030.de](http://www.wiesbaden2030.de)). Es folgt einem klar gegliederten Zeitplan mit fünf Phasen. Die Online-Dialoge fanden in der ersten Phase des Teilnahmeverfahrens statt, behandeln die Themen Verkehr, Wohnen und Arbeit und sammeln die entsprechenden Zukunftswünsche der Wiesbadener (siehe Abb. 1). Hier finden sich vor allem umfangreiche Beiträge der Bürger, die in ihrer großen Mehrheit für sich alleine stehen (im Sinne eines Brainstormings) und sich nur in einzelnen Fällen aufeinander beziehen.

Das Wiesbadener Verfahren gilt als innovative Form von partizipativer Stadtentwicklung. Das liegt an seiner klaren zeitlichen Gliederung, der Verknüpfung von Online-, Offline- und aufsuchenden Elementen und der gezielten Einbindung verschiedener repräsentativ-demokratischer Gremien (z. B. Stadtvorsteher, Stadtverordnetenversammlung) in verschiedene Phasen des Verfahrens. Damit kann es die Vorteile verschiedener Teilnahmeformate verbinden, etwa indem es Bürger unterschiedlicher Hintergründe durch verschiedene Anspracheformen erreicht und die Frage nach der Quantität der Beteiligung in den Hintergrund rückt.

Eine mittlerweile geradezu „klassische“ Form kommunaler Beteiligung sind Bürgerhaushalte. Sie ermöglichen eine niedrigschwellige, konsultative Beteiligung der Bürger an der Haushaltsplanung, die in den meisten Fällen durch konkrete Ausgabe- und Sparvorschläge realisiert wird (Geißel/Neunecker/Kolleck 2015). Im Stuttgarter Bürgerhaushalt können die Bürger in einer ersten Phase Vorschläge einreichen und diese dann in der zweiten Phase bewerten. Über beide Phasen hinweg diskutieren die Bürger online über die Vorschläge. Am Schluss der Teilnahmephase steht eine Bestenliste mit den 100 Vorschlägen, die von den Bürgern die meisten Stimmen erhalten haben (für den beliebtesten Vorschlag siehe Abb. 2; weitere Infos finden Sie unter: [www.buergerhaushalt-stuttgart.de](http://www.buergerhaushalt-stuttgart.de)).

1

Die drei Themen der Online-Dialoge bei Wiesbaden 2030+



Wie wollen wir zukünftig in Wiesbaden wohnen und leben?

Online-Dialog (beendet) 101 Kommentare
Grün, gesund, vielfältig... Was ist Ihnen wichtig, wenn Sie Ihr Leben in Wiesbaden im Jahr 2030+ denken? In welche Richtung soll Wiesbaden sich entwickeln, wenn es um Wohnen geht?

WEITERLESEN



Was brauchen wir, damit Arbeiten in Wiesbaden attraktiv ist und bleibt?

Online-Dialog (beendet) 22 Kommentare
Wiesbaden soll auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitsstandort bleiben - für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

WEITERLESEN



Auf welche Weise möchten wir uns in Zukunft fortbewegen?

Online-Dialog (beendet) 137 Kommentare
Verkehr und Mobilität werden auch in Zukunft eine große Rolle spielen.

WEITERLESEN

Quelle: Landeshauptstadt Wiesbaden 2017

2

Der am höchsten bewertete Bürgervorschlag im Stuttgarter Bürgerhaushalt

Bürgerhaushalt STUTTGART
Kunstrasen und Flutlichtanlage der Sportvereinigung 1887 Möhringen e.V. erneuern
Platz: 1
Ergebnis (nur gut): 4945
weniger gut: -169 gut: 4945
Meine Stimme: keine
Verwaltung prüft: ja

Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart 2017

Der Bürgerhaushalt Stuttgart fand 2017 zum vierten Mal statt und hat seine Teilnehmerzahlen kontinuierlich gesteigert. Dies ist ebenso ungewöhnlich für deutsche Bürgerhaushalte wie die positive Medienresonanz auf das Stuttgarter Beteiligungsverfahren (Ayerle 2017). Typische Probleme von onlinebasierten Bürgerhaushalten wie geringe oder über die Zeit sinkende Teilnehmerzahlen, die Teilnahme vor allem soziodemografisch homogener Milieus (die „üblichen Verdächtigen“: männlich, mittleren Alters und überdurchschnittlich formal gebildet; Escher 2010; Schlozman/Verba/Brady 2010) und den Vorwurf der Scheinbeteiligung (Neunecker 2016; Masser o.A.) trüben die öffentliche Wahrnehmung des Stuttgarter Bürgerhaushalts nicht. Das Format des Bürgerhaushalts Stuttgart ist zwar typisch für eine onlinebasierte konsultative Beteiligung der Bürger an der städtischen Haushaltsplanung, weist aber nicht die für viele Online-Bürgerhaushalte typischen Schwierigkeiten auf.

Beide Beteiligungsverfahren – der Stuttgarter Doppelhaushalt und Wiesbaden 2030+ – weisen überzeugende Zwischenergebnisse vor. Die Stuttgarter Bürger erhalten auf der Plattform des Bürgerhaushalts zu jedem der 130 am besten bewerteten Vorschläge eine umfangreiche und gut verständliche Rückmeldung von der Stadtverwaltung und den jeweils zuständigen Bezirksbeiräten. Diese scheint weitgehend wohlwollend zu sein, wie die folgende Zahl illustriert: Von den zehn am besten bewerteten Vorschlägen unterstützt die Stadtverwaltung acht zumindest teilweise.

Auch beim Wiesbadener Verfahren bleiben die Initiatoren am Ball. Dabei benennen die Zwischenergebnisse der Bürgerbeteiligung sehr konkrete, gut evaluierbare Ziele. Dazu zählt beispielsweise für den Bereich Mobilität, dass der Anteil von nicht motorisierten und gemeinschaftlich genutzten Verkehrsträgern (Fußgänger, Fahrradfahrer, Nutzung von Carsharing und öffentlichen Verkehrsmitteln) von 52 % des gesamten Verkehrsaufkommens auf mindestens 65 % erhöht werden soll. Die Qualitätsziele unterscheiden sich zudem stark für die verschiedenen Stadtgebiete und werden somit der Vielfalt des städtischen Raums eher gerecht als stadtübergreifende Ziele.

Die beiden Formen dialogischer Stadtbeteiligung in Stuttgart und Wiesbaden können folglich einerseits als beispielhaft für Top-down-Dialogformate in Deutschland gelten (etwa hinsichtlich ihrer Zielsetzung und der Gestaltung der Dialoge). Zugleich sind sie innovativ (Verknüpfung mit aufsuchenden Beteiligungsangeboten) und werden von den Bürgern angenommen.

Die beiden dialogorientierten internetbasierten Beteiligungsverfahren dienen als exemplarischer Ausgangspunkt für die Leitfrage des Beitrags: Welche konkreten Faktoren beeinflussen die Diskussionsqualität von internetbasierten Diskussionen in politischen Beteiligungsverfahren positiv?

## Welche Faktoren fördern die Diskussionsqualität?

Politische Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse verlaufen sehr unterschiedlich: polemisch oder sachlich, konstruktiv oder destruktiv, emotional oder abgeklärt, humorvoll oder ernst, konsensuell oder konfrontativ, sachkundig oder wenig kenntnisreich oder zwischen diesen Polen. Diese Bandbreite zeigt sich überall, wo Menschen mit unterschiedlichen Standpunkten in ein Gespräch über ein konkretes Problem oder eine Fragestellung gehen – so auch in internetbasierten Diskussionen. Warum variiert die Diskussionsqualität so stark? Welche Faktoren bedingen den Verlauf einer Diskussion?

Um diese Fragen zu beantworten, braucht es zunächst eine Definition von Diskussionsqualität. Hierzu bietet sich eine genauere Betrachtung deliberativer Demokratietheorien an. Im Fokus dieser Theorien steht der öffentliche diskursive, also dialogische Austausch aller über ein politisches Prob-

lem potenziell Betroffener. Sie zielen darauf, Bürger stärker in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Das soll die Rechtmäßigkeit, Responsivität und Qualität der getroffenen Entscheidungen erhöhen. Deliberative Demokratietheorien betonen, dass ein argumentativer Austausch Grundlage für politische Entscheidungen ist. Damit eignen sie sich als theoretischer Bezugsrahmen zur Betrachtung von politischen Diskussionen (Habermas 1981; Peters 1994; Chambers 2003). Zentrale Merkmale diskursiver Qualität sind für viele deliberative Theoretiker wie Bernhard Peters (1993, 1994), dass Meinungsverschiedenheiten mit Argumenten ausgetragen werden, die Anspruch auf kollektive Akzeptanz erheben und faktenbasiert sowie nachvollziehbar sind. Kritik und Gegenargumente sind jederzeit möglich, die Diskussionspartner behandeln sich jedoch trotz unterschiedlicher Standpunkte mit Respekt. Als Schlüsselwörter für die Beschreibung einer gelungenen po-

litischen Deliberation lassen sich die Begriffe Argumentation und Informiertheit als inhaltliche Kriterien und Respekt versus Missachtung im Umgang als formales Kriterium festhalten (siehe Abb. 3).

Nach der Definition von Diskussionsqualität bleibt die Frage, welche Faktoren die Qualität von Diskussionen fördern. Diese Frage wurde anhand von drei top-down-initiierten, deutschen, konsultativen Partizipationsinstrumenten untersucht, die komplett oder mehrheitlich online stattfanden und die sehr ähnliche Beteiligungsmodi vorsahen – nämlich der Frankfurter Bürgerhaushalt 2014, der Kölner Bürgerhaushalt 2013/2014 und die E-Petitionen am Deutschen Bundestag. Alle drei Verfahren ermöglichten es den teilnehmenden Bürgern, Anregungen zu formulieren und online zu publizieren, diese Vorlagen zu bewerten und über diese Vorlagen zu diskutieren. Strukturell ähneln sich die drei Verfahren folglich sehr, was den Rückschluss auf Bedingungsfaktoren für die Diskussionsqualität erleichtert (weitere Informationen in der Dissertation der Autorin: Kolleck 2017). Der Vergleich dreier ähnlicher Instrumente zeigt, dass die Diskussionsqualität innerhalb und zwischen den Verfahren stark variiert. Dabei lassen sich einige Einflussfaktoren benennen, die auf drei verschiedenen Analyseebenen liegen:

- auf der Ebene der Diskussionen und der Diskussionsvorlagen
- auf der Ebene der Teilnehmer
- auf der Ebene des Verfahrens und seiner Betreuer und Initiatoren

### 3

#### Messung der Diskussionsqualität inhaltlich und formal

Diskussionsqualität		
inhaltlich		formal
Informationen: Dichte und Güte	Argumentation: Dichte und Güte	Umgang: missachtend neutral respektvoll

Quelle: Kolleck 2017: 35

Abbildung 4 fasst die zentralen Ergebnisse zusammen. Dabei wird deutlich, dass die Trennung in drei Analyseebenen zum Verständnis der Faktoren zwar sinnvoll ist, die verschiedenen Ebenen sich aber gegenseitig bedingen und die Grenzen zwischen ihnen verschwimmen. So zeigt sich auf der Ebene der Diskussionen und der Diskussionsvorlagen, dass Diskussionen unabhängig vom diskutierten Thema respektvoll und inhaltlich überzeugend verlaufen können. Das Thema einer Diskussion kann die Diskussionsqualität also nicht vorhersagen.

Ein guter Prädiktor für die Diskussionsqualität ist hingegen die Qualität der Diskussionsvorlage. Als Diskussionsvorlagen lagen in den untersuchten Verfahren (analog zum eingangs vorgestellten Stuttgarter Bürgerhaushalt) Eingaben von Bürgern vor, die konkrete Probleme benannten und dabei

### 4

#### Wichtigste Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung zur Diskussionsqualität nach Analyseebene

Diskussionsebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Diskussionsqualität ist themenunabhängig: Es kann zu allen Themen gut und schlecht diskutiert werden</li> <li>■ von zentraler Wichtigkeit für die Diskussionsqualität ist die Diskussionsvorlage: Wenn die Diskussionsvorlage Argumente und Informationen nennt, fällt auch die Diskussionsqualität deutlich höher aus</li> <li>■ entscheidend für die Diskussionsqualität ist eine inhaltliche Moderation, die themenfremde Beiträge löscht</li> </ul>
Teilnehmerebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Zufriedenheit der Teilnehmer mit dem Verfahren ist umso höher, je höher die Diskussionsqualität ausfällt</li> <li>■ die Diskussionsqualität ist höher, wenn die Teilnehmer die Chancen und Grenzen des Beteiligungsverfahrens nüchtern einschätzen</li> <li>■ ein diskursiver Diskussionsstil ist Übungssache: Teilnehmer, die häufiger Kommentare lesen und/oder verfassen, stehen anderen Meinungen offener gegenüber</li> </ul>
Ebene des Verfahrens	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Zufriedenheit der Betreuer und Initiatoren mit dem Verfahren ist umso höher, je höher die Diskussionsqualität ausfällt</li> <li>■ die Diskussionsqualität steigt bei einer konsequenten inhaltlichen Moderation und bei einer hohen Selektion der Diskussionsvorlagen</li> <li>■ institutionalisierte Verfahren mit klar definierten Schnittstellen zum politischen Entscheidungsprozess fördern die Zufriedenheit der Nutzer und die Diskussionsqualität</li> </ul>

Quelle: eigene Darstellung

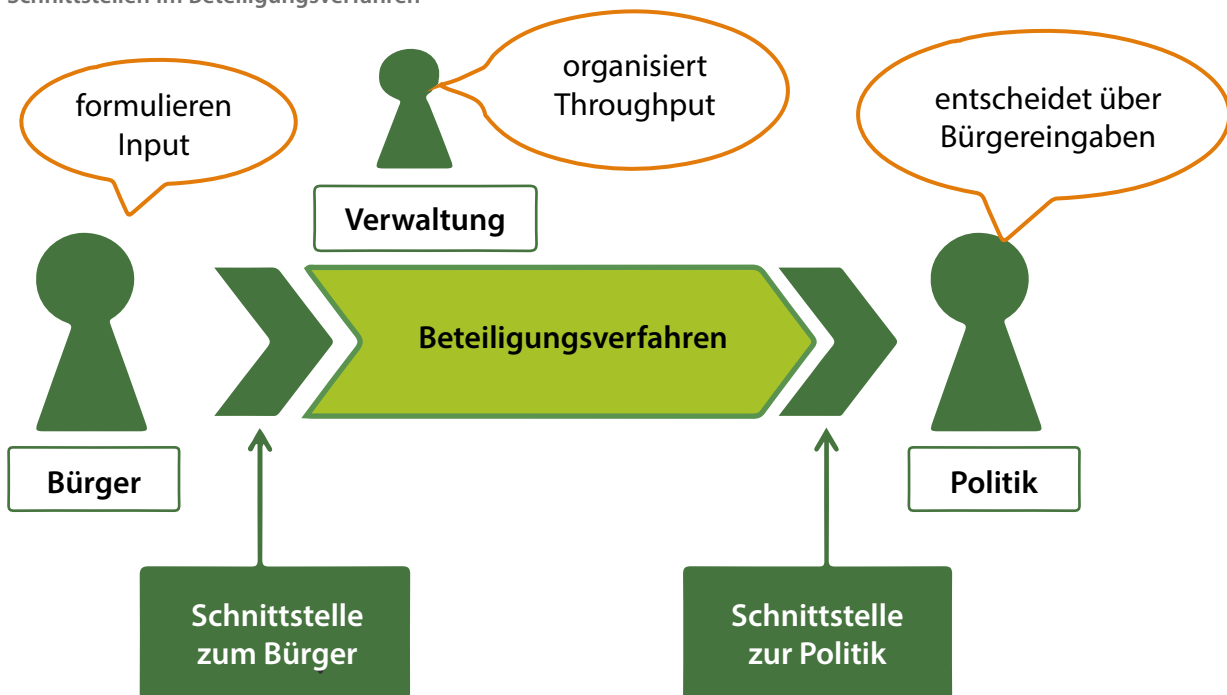
größtenteils Lösungsvorschläge unterbreiteten, über die die Teilnehmer abstimmen konnten. Dabei zeigte sich, dass Diskussionsvorlagen, die viele Informationen und Argumente zu dem vorgebrachten Vorschlag nennen, zu Diskussionen führen, die ebenfalls überdurchschnittlich informativ und argumentativ ausfallen. Gute Vorlagen fördern jedoch nicht nur die inhaltliche Qualität, auch der Umgang der Diskussionsteilnehmer ist deutlich respektvoller als in Diskussionen mit weniger qualitätsvollen Diskussionsvorlagen.

Diese Befunde machen deutlich, dass eine strenge inhaltliche Selektion der Vorlagen zu einer insgesamt hohen Diskussionsqualität führt. Statt also in einem Online-Beteiligungsverfahren eine möglichst große Zahl von Vorlagen bereitzustellen, erscheint es sinnvoller, gut ausgewählte, qualitätsvolle Vorlagen in diskursiven Verfahren zu veröffentlichen. Wie dies praktisch aussehen kann, verdeutlicht der Stuttgarter Bürgerhaushalt. Dort sieht das Verfahren eine erste Phase der Eingabe von Bürgervorschlägen vor, nach deren Abschluss die Stadtverwaltung ähnliche Vorschläge zusammenfasst (und von ähnlich lautenden Vorschlägen einen auswählt, über den die Bürger im Anschluss in der zweiten Phase diskutieren und abstimmen können).

Dies „verschlankt“ das Verfahren, selektiert die geeignetsten Vorschläge und hilft somit, die Übersichtlichkeit zu gewährleisten.

Ähnlich verhält es sich mit Blick auf die Moderation der Diskussionen: Auch hier erweist sich eine inhaltliche Moderation – die nicht ausschließlich auf den Umgangston, sondern vor allem auch auf die Themenrelevanz der Beiträge achtet – als wichtige Voraussetzung für qualitätsvolle Diskussionen. Sowohl die inhaltliche Qualität der Diskussionen als auch die Umgangsformen der Diskussionsteilnehmer fallen signifikant schlechter aus, wenn sich themenfremde Beiträge häufen. Das Verfahren Wiesbaden 2030+ illustriert, warum es sinnvoll ist, Diskussionsbeiträge zu selektieren und den Teilnehmern Möglichkeiten anzubieten, die Kommentare zu filtern (z. B. durch eine Markierung von Kommentaren als „lesenswert“ oder eine Einordnung der jeweiligen Position als Pro/Contra). Im Wiesbadener Verfahren stehen die Kommentare mit teils beträchtlicher Länge ohne Filterfunktionen additiv hintereinander. Es gibt keine Hinweise auf eine inhaltlich ausgerichtete Moderation, sodass die Online-Diskussion insgesamt eher den Charakter eines Schwarzen Brettes (Sammlung von Meinungen und Ansichten) hat

**5** Schnittstellen im Beteiligungsverfahren



Quelle: Kollack 2017: 235

als eines tatsächlich diskursiven Austauschs. Auf der Ebene der Teilnehmer zeigt sich, dass diese zufriedener mit dem Verfahren sind, wenn die Diskussionsqualität hoch ausfällt. Zudem offenbart sich, dass es die Diskussionsqualität fördert, wenn die Teilnehmer mit realistischen Erwartungen und klarem Bewusstsein über die Chancen und Grenzen des jeweiligen konsultativen Verfahrens partizipieren. Ein dritter wichtiger Befund ist, dass sich eine diskursive Haltung erlernen lässt. Teilnehmer, die viele Kommentare lesen und/oder selbst schreiben, stehen den Meinungsäußerungen anderer Teilnehmer häufig offener gegenüber und schätzen Meinungsvielfalt in besonderem Maße.

Analog zur höheren Zufriedenheit der Teilnehmer geben auch die Betreuer und Initiatoren von dialogischen Beteiligungsverfahren mit einer hohen Diskussionsqualität häufiger an, mit dem Verfahren zufrieden zu sein, als Betreuer von Verfahren mit einer insgesamt niedrigeren Diskussionsqualität. Dabei erweist sich die Gestaltung der beiden zentralen Schnittstellen von dialogischen Beteiligungsverfahren als zentral (siehe auch Abb. 5). Diese Schnittstellen verknüpfen das Verfahren einerseits mit seinen Adressaten, den Bürgern, und mit seinen Remittenten, also den Institutionen der repräsentativen Politik.

Der Vergleich der untersuchten Verfahren macht deutlich, dass die Gestaltung der Schnittstellen die Diskussionsqualität wesentlich bestimmt. Wird die Schnittstelle zu den Bürgern selektiv gestaltet – sodass die Eingaben der Bürger ins Verfahren gefiltert und nach transparenten Kriterien aus-

gewählt werden – gestaltet sich auch der Übergang zu den etablierten politischen Entscheidungsvorgängen (an der Schnittstelle zur Politik) reibungsloser.

Konkret bedeutet dies, dass eine Selektion der Bürgereingaben durch eine inhaltliche Moderation und durch eine strenge, qualitativ orientierte Selektion der Diskussionsvorlagen die Schnittstelle zur Politik entlastet. Anstelle von umfangreichen, qualitativ variierenden Bürgereingaben erzeugt das Verfahren so eine quantitativ reduzierte, aber qualitativ höherwertige Anzahl von Bürgereingaben. Davon profitieren die Teilnehmer und die Initiatoren sowie Betreuer des Verfahrens gleichermaßen: Beide Gruppen geben bei Verfahren mit qualitativ volleren Diskussionen eine höhere Zufriedenheit mit dem Verfahren zu Protokoll. Zugleich entlastet ein geringerer, aber qualitativ selektierter „Output“ des Beteiligungsverfahrens die Schnittstelle zur Politik wesentlich. Darüber hinaus kann eine Institutionalisierung von Verfahren (also beispielsweise durch klare Zuständigkeiten und klar definierte Rechte und Pflichten sowohl für die initiiierende politische Ebene, als auch für die teilnehmenden Bürger) Vertrauen schaffen und Erwartungssicherheit geben (Åström/Grönlund 2012). Möglicherweise lassen sich die steigenden Teilnehmerzahlen beim Stuttgarter Bürgerhaushalt als ein Zeichen der Zufriedenheit lesen. Das Stuttgarter Verfahren bietet einerseits Erwartungssicherheit durch eine verständliche und klare Rückmeldung der Stadtverwaltung und andererseits Übersichtlichkeit durch die Zusammenfassung von Vorschlägen.

## Was bedeutet das für Online-Dialoge zur Stadtentwicklung?

Was lässt sich aus den dargestellten Ergebnissen für dialogische Partizipationsverfahren im Bereich der Stadtentwicklung lernen? Zunächst einmal bleibt festzuhalten, dass eine hohe Diskussionsqualität kein Selbstzweck ist, sondern mit einer höheren Zufriedenheit der Teilnehmer und der Initiatoren sowie Betreuer einhergeht. Um eine hohe Diskussionsqualität zu erreichen, sollte der Grundsatz „Qualität geht vor Quantität“ sowohl die Moderation als auch die Auswahl der Diskussionsvorlagen leiten. Insbesondere in Diskussionen zu kontroversen Themen entstehen so viele Beiträge, die es auch interessierten Teilnehmern unmöglich machen, sämtliche Inhalte zu rezipieren. Neben einer Moderation, die insbesondere inhaltlich nicht relevante oder repetitive

Beiträge löscht, können auch Zusammenfassungen wesentlicher Inhalte oder Bewertungssysteme für Kommentare (z. B. als hilfreich/weniger hilfreich) dazu beitragen, Diskussionen übersichtlicher und leserfreundlicher zu gestalten.

Deutlich zeigen sich darüber hinaus die Vorteile einer Institutionalisierung von Verfahren. Gemeint ist damit, dass ein Verfahren prinzipiell auf Dauer angelegt ist und verantwortliche Ansprechpartner, Beteiligungsregeln (und Grenzen) und die Modi der Entscheidungsfindung über die Bürgereingaben von Beginn an klar benennt. Dadurch schafft es auf allen Seiten klare Erwartungen und trägt zum Vertrauensaufbau bei. Zudem sollte nicht ausschließlich in Online-/



Offline-Kategorien gedacht werden: Mischverfahren, die internetbasierte und andere Teilnahmeformen miteinander verbinden, erreichen Teilnehmer, die eher nicht online partizipieren und umgekehrt. In dieser Hinsicht ist das Wiesbadener Verfahren beispielhaft, da es internetbasierte Angebote mit Vor-Ort-Angeboten in verschiedenen Stadtteilen kombiniert und dabei auch aufsuchende Formate verwendet. Schließlich gilt es gegenüber potenziellen Teilnehmern, Medien und der Öffentlichkeit, das Verfahren klar als konsultativ zu benennen und keine Abgabe von politischen Entscheidungsrechten zu suggerieren, wenn keine verbindliche Mitsprache gewährleistet wird (Eith 2014; Kersting/Woyke 2012). Die Bürger investieren zeitliche und gedankliche Ressourcen in ihre Teilnahme und wollen vorher abschätzen können, ob sich diese Investition lohnen wird. Deshalb sollten konkrete Zusagen über den Umgang mit Bürgerinput im Vorhinein gegeben, zugleich aber illusorische Hoffnungen ausgeräumt werden.

Mit Blick auf die eingangs vorgestellten dialogischen Verfahren zur Stadtentwicklung lässt sich für das Verfahren Wiesbaden 2030+ festhalten, dass sowohl die Kombination von Online- und Offline-Beteiligungsformen als auch die Einbindung repräsentativ-demokratischer Gremien in den Partizipationsprozess mit Blick auf die Integrativität und die Diskursqualität vielversprechend sind. Schwierig erscheint hingegen der rein chronologisch geordnete Dialog ohne dynamische Elemente (z. B. Bewertungsfunktionen).

Der Stuttgarter Bürgerhaushalt trennt die Vorschlags- von der Bewertungsphase, sodass die Stadtverwaltung nach Eingabe der Vorschläge ähnlich lautende Vorschläge zusammenführt und nur einen der eingereichten Vorschläge (vermutlich den aussagekräftigsten) zur Bewertung und Kommentierung freigibt. Damit führt die Stuttgarter Stadtverwaltung eine Selektion der Bürgereingaben durch, die der Diskussionsqualität zugutekommen dürfte.

## Fazit: Die Schnittstellen sind entscheidend

Onlinebasierte Verfahren, die Diskussionen unter ihren Nutzern fördern und dabei eine hohe Diskussionsqualität erreichen wollen, können dieses Ziel über eine geschickte Gestaltung der Schnittstellen zu den Teilnehmern und zur Politik erreichen. Konkret fördert die qualitätsorientierte Selektion von Bürgereingaben (Diskussionsvorlagen und

Diskussionsbeiträgen) sowohl die Qualität der Online-Diskussionen als auch die Zufriedenheit der teilnehmenden Bürger und der Initiatoren sowie Betreuer des Verfahrens. An der Schnittstelle zur Politik trägt eine Institutionalisierung von Verfahren zur Erwartungssicherheit und langfristigen Zufriedenheit aller Beteiligten bei.

## Literatur

- Albrecht, Steffen**, 2010: E-Partizipation in Deutschland. In: Hatzelhoffer, Lena; Lobeck, Michael; Müller, Wolfgang; Wiegandt, Claus-C. (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung Schriften des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie, Bd. 8. Berlin: 49–60.
- Åström, Joachim; Grönlund, Åke**, 2012: Online Consultations in Local Government: What Works, When, and Why? In: Coleman, Stephen; Shane, Peter M. (Hrsg.): Connecting Democracy. Online Consultation and the Flow of Political Communication. Cambridge: 75–96.
- Ayerle, Nina**, 2017: Jeder darf ein bisschen Haushalt machen. Stuttgarter Zeitung, 03. Februar. Zugriff: <http://www.stuttgarterzeitung.de/inhalt.buergerhaushalt-2017-jeder-darf-ein-bisschen-haushalt-machen.aa76ff6e-368e-45d3-9b62-f252c75ef4c9.html>.
- Chambers, Simone**, 2003: Deliberative Democratic Theory. Annual Review of Political Science, 6. Jg. (1): 307–326.
- Dahlgren, Peter**, 2005: The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation. Political Communication, 22. Jg. (2): 147–162.
- Eith, Ulrich**, 2014: Die Rolle – Funktionswandel der Parteien in einer veränderten Gesellschaft. Policy Paper Nr. 12. Berlin.
- Escher, Tobias**, 2010: Wi(e)der die „üblichen Verdächtigen“? Politische Beteiligung via Internet. In: Wolling, Jens; Seifert, Markus; Emmer, Martin (Hrsg.): Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess. Internet research, Bd. 38. Baden-Baden: 131–150.
- Geißel, Brigitte; Neunecker, Martina; Kolleck, Alma**, 2015: Dialogorientierte Beteiligungsverfahren: Wirkungsvolle oder sinnlose Innovationen? Das Beispiel Bürgerhaushalt. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2015. Jg. (1): 151–165.
- Habermas, Jürgen**, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Band I, Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main.
- Kersting, Norbert; Woyke, Wichard**, 2012: Vom Musterwähler zum Wutbürger? Politische Beteiligung im Wandel. Münster.
- Kolleck, Alma**, 2017: Politische Diskurse online. Einflussfaktoren auf die Qualität der kollektiven Meinungsbildung in internetgestützten Beteiligungsverfahren. Baden-Baden.
- Landeshauptstadt Stuttgart**, 2017: Bürgerhaushalt Stuttgart. Kunstrasen und Flutlichtanlage der Sportvereinigung 1887 Möhringen e.V. erneuern. Zugriff: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/vorschlag/41757> [abgerufen am 02.11.2017].
- Landeshauptstadt Wiesbaden**, 2017: Wiesbaden 2030+. Unsere Stadt. Unsere Ideen. Online Dialog (beendet). Zugriff: <https://www.wiesbaden2030.de/dialog/online-dialog> [abgerufen am 02.11.2017].
- Märker, Oliver; Wehner, Josef**, 2007: E-Participation: Gewinnung bürgerschaftlicher Expertise zur Qualifikation von Planungs- und Entscheidungsprozessen. In: Zechner, Achim (Hrsg.): Handbuch E-Government. Strategien, Lösungen und Wirtschaftlichkeit. Stuttgart: 367–382.
- Masser, Kai, o.A.**: Bürgerhaushalte aus Sicht der Kritiker. Zugriff: <http://buergerhaushalt.org/de/article/b%C3%BCrgerhaushalte-aus-sicht-der-kritiker>.
- Nanz, Patrizia; Leggewie, Claus**, 2016: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Bonn.
- Neunecker, Martina**, 2016: Partizipation trifft Repräsentation. Die Wirkungen konsultativer Bürgerbeteiligung auf politische Entscheidungen. Wiesbaden.
- Peters, Bernhard**, 1993: Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main.
- Peters, Bernhard**, 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderhefte, Bd. 34. Opladen: 42–76.
- Schlozman, Kay Lehman; Verba, Sidney; Brady, Henry E.**, 2010: Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. Perspectives on Politics, 8. Jg. (2): 487–509.